

EDITORIAL ZUM THEMENBEREICH STADTTEILARBEIT

Hiermit greifen wir einen Punkt des allgemeinen Editorials aus ARCH + 20 auf und stellen ihn ausführlicher dar.

Die Redaktion

Zum Umkreis der hier angesprochenen Problematik vgl.:
Helga Fassbinder: Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung,
in: Kursbuch 27,
Adalbert Evers: Städtische Strukturen und Staatsinterventio-
nismus, in: ARCH + 20,
RH West Berlin: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik
der Linken, in: Kursbuch 31.

In den letzten Jahren war die relative Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen im Wohn- und Stadtteilbereich Anlaß für Konflikte, die zur Bildung von Bürgerinitiativen führten. Als Ausdruck dieser Verschlechterung des Reproduktionsniveaus griffen die Bürgerinitiativen insbesondere die Unterversorgung mit staatlichen Leistungen auf, die Zerstörung der ökonomischen und sozialen Struktur ganzer Stadtteile durch Flächensanierung, die damit verbundene Vertreibung der Bewohner in schlechtere oder teurere Wohngebiete, sowie die Qualitätsminderung der Bauten durch geplanten Verschleiß.

Die Unterversorgung der Stadtteile mit staatlichen Lei-

stungen drückt sich direkt aus im Mangel an Verkehrs-, Bildungs- und Sozialleistungen, indirekt in der mangelhaften Zuordnung dieser Einrichtungen zu den Wohnungen. Die vorhandene oder fehlende Anbindung an lokale oder regionale Verkehrsführungen, die Ausstattung der Stadtteile mit Schulen und Sozialeinrichtungen steigern oder mindern den Gebrauchswert der Wohnungen. Die Versorgung eines Stadtteils mit staatlichen Leistungen bietet bei relativer Unterversorgung „Standortvorteile“, die sich für die Mieter als Mietpreissteigerungen und für die Haus- und Grundbesitzer als Möglichkeit zum Abschöpfen zusätzlicher Gewinne auswirken, und beeinflusst damit auch den Tauschwert der Wohnungen.

Die Verschlechterung der Wohnqualität drückt sich auch im geplanten Verschleiß der Bauten aus. Die Produktion von Wohnungen, die zunehmend reparaturbedürftig sind, unterscheidet sich nur noch der Form nach von der „Wegwerfproduktion“ anderer Branchen.

Wenn die Diskrepanz zwischen notwendigem Reproduktionsniveau und den tatsächlichen Möglichkeiten zur Befriedigung von Bedürfnissen die Ursache der Entstehung von Bürgerinitiativen ist, so bleibt doch die Frage offen, ob die Form in der dieser Konflikt artikuliert wird, eben die Form von Bürgerinitiativen, eine geeignete Organisationsform im Kampf um die Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen ist: Bürgerinitiativen, die zudem die Gefahr in sich bergen, Filterfunktionen für einen verbreiteten Unmut zu haben und zugleich Interessenorgan für die in ihnen organisierten meist höher qualifizierten Arbeitskräfte und kleinen Gewerbetreibenden zu sein.

Zwei Strategien, die in unterschiedlicher Weise Illusionen produzieren können und damit gewollt oder ungewollt die aufgebrochene Konfliktfront wieder verschleiern können, begründen diesen Zweifel: Nämlich erstens die Doppelstrategie der Jusos und zweitens die antiautoritäre „Propaganda der Tat“.

→ Die Doppelstrategie der Jusos birgt die Gefahr in sich, daß Basisarbeit als „Spielbein“ des in der Partei verankerten „Standbeins“ funktionalisiert wird, indem sie nur mehr der Wählerrekrutierung dient, statt die Basis selbst beim Kampf um ihre Reproduktionsbedingungen zu unterstützen. Vielmehr wird diese Basis erneut auf parlamentarische Illusionen verpflichtet, obwohl gerade die parlamentarische Interessenvertretung zur relativen Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen selbst beigetragen hat. Charakter und Funktion von Bürgerinitiativen im Rahmen der Doppelstrategie der Jusos sind demnach kritisch zu überprüfen.

→ In komplementärem Verhältnis zur Doppelstrategie der Jusos stehen Strategien antiautoritärer Gruppen. Ihre „Propaganda der Tat“ sucht im Konflikt mit staatlichen Institutionen den manifesten Einsatz struktureller Gewalt zu provozieren,

um dadurch strukturelle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse offenzulegen, die aber nicht im Verhältnis von Staat und Bürger, sondern im Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit begründet sind.

Die „Propaganda der Tat“ erliegt der Illusion, die Auseinandersetzungen mit der Zwangsgewalt – „Polizeispiele“ – für Auseinandersetzungen mit den strukturellen Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen zu halten. Sie ermannt damit der praktisch-politischen und analytischen Anstrengung, die Formen der Zwangsgewalt auf die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse zurückzuführen.

Anders als in den späten 60er Jahren verfehlt dieses Strategiekonzept in der BRD heute seine Absicht, militante Aktionen mit direkter Aufklärung zu verbinden. Anders als in den damaligen Kämpfen deuten solche Auseinandersetzungen heute auf den Punkt hin, an dem der politische Gehalt der Konflikte in den Hintergrund und die „militär-taktische“ Kampfführung in den Vordergrund tritt.

Im Rahmen dieses Strategiekonzepts unterliegen Stadtteilkämpfe heute zunehmend der Gefahr, daß sich auf Seiten der Kämpfenden die Aktionsformen von ihren Inhalten ablösen, d.h. daß die kämpfenden Gruppen sich als selbsternannte Avantgarde von ihrer Basis, den Lohnabhängigen, trennen und damit dem staatlichen Gewaltapparat auf der anderen Seite ermöglichen, mittels der Gewaltförmigkeit der Auseinandersetzung die aufgebrochenen Konfliktfronten wieder zu verschieben und zu verschleiern.

Sowohl die Doppelstrategie der Jusos als auch die antiautoritäre Strategie der „Propaganda der Tat“ können demnach die aufgebrochene Klassenausinandersetzung in der BRD verlangsamen.

✕ Um diese begrenzte Perspektive von Stadtteilarbeit zu überwinden, wird es notwendig werden, Bürgerinitiativen als *historische Übergangsform* zu begreifen und in ihnen diejenigen Tendenzen praktisch und theoretisch zu unterstützen, welche die Auseinandersetzungen um die Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen mit den Kämpfen in den Betrieben als Bestandteile eines Problems zu verbinden suchen: Der Wertbestimmung der Arbeitskraft.

Wir meinen damit jene politischen Ansätze, die – wie Ende der 60er Jahre in den oberitalienischen Städten – die Einheit von Produktions- und Stadtteilkämpfen herzustellen versuchen. Bei diesen Ansätzen wurden die Stadtteilkämpfe als Teil des Kampfes um verbesserte Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen begriffen, der sowohl im Stadtteil als auch im Betrieb zu führen ist.

– *Stadtteilkämpfe* beinhalten hierbei den Kampf um die konkrete Struktur und den Gebrauchswert der Reproduktionsmittel, die im Produktionsprozeß der Arbeitskraft konsumiert werden. Reproduktionsmittel umfas-

sen dabei sowohl Waren als auch staatliche Leistungen, die individuell und kollektiv konsumiert werden.

– *Produktionskämpfe* als gewerkschaftliche Kämpfe beinhalten hierbei den Kampf um Arbeitsbedingungen und individuelle Lohnhöhe, die den quantitativen Umfang der individuellen Konsumtion absteckt.

Beim Vergleich der Kämpfe in den oberitalienischen Städten mit denen in der BRD sind zwei Einschränkungen zu machen. Erstens muß die gegenüber der BRD unterschiedlich verlaufene Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung berücksichtigt werden, welche die extreme Unvermitteltheit zwischen der Arbeiterbewegung als Gewerkschaftsbewegung und der Studentenbewegung bzw. ihren Kampfformen nicht kannte, die zur Entwicklung von Stadtteilarbeit führten. Zweitens muß die besondere Rolle berücksichtigt werden, die in den oberitalienischen Produktions- und Stadtteilkämpfen von den aus dem Süden zugewanderten Arbeitern übernommen wurde, ansatzweise vielleicht vergleichbar mit der, die die ausländischen Lohnabhängigen in der BRD übernommen haben.

Warum die Stadtteilkämpfe und die Produktionskämpfe in der BRD unvermittelt nebeneinander bestehen, obwohl sie sich auf den gleichen Problemzusammenhang beziehen, wollen wir anhand der die Stadtteilkämpfe bestimmenden Organisationsform – der Bürgerinitiative – gesondert untersuchen.

Typische Merkmale der Mitglieder von Bürgerinitiativen sind:

1. ihre Betroffenheit von zeitlich und lokal begrenzten Ereignissen,
2. ihre Rolle als „Bürger“ in der Konfrontation „Bürger-Staat“,
3. ihre Herkunft aus unterschiedlichen sozialen Gruppen, klassenindifferent zu sein.

Zu 1. Bürgerinitiativen zeigen sich in der Regel nur von Ereignissen betroffen, deren Umfang und Dauer begrenzt sind, und sie reduzieren Auseinandersetzungen auf die Konfrontation „Bürger – Staat“. Bürgerinitiativen ermöglichen spontane Organisationsformen zu entwickeln, „Öffentlichkeit herzustellen“ und unmittelbar zu mobilisieren.

Im Zusammenhang sozialdemokratischer „Reformpolitik“ erweisen sich aber diese Eigenschaften sehr bald als ambivalent:

- Sie ermöglichen, die Bodenspekulation und ähnliche Erscheinungen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken und anzuprangern,
- Ihnen blieb es jedoch unmöglich, die sozialökonomischen Verhältnisse „spontan“ zu durchdringen, die die Voraussetzungen der Bodenspekulation und ähnlicher Erscheinungen bilden.

Am Beispiel der Bodenspekulation läßt sich diese Ambivalenz verdeutlichen:

Sie wird nicht als zwangsläufige Folge der Eigentumsverhältnisse begriffen, zwangsläufig aus der besonderen Form des Privateigentums an Grund und Boden folgend, sondern als Folge unzulänglicher Verteilungsverhältnisse und der Unvermehrbarkeit der Ware Boden. Forderungen der Bürgerinitiativen nach Planungsbeteiligung, nach Mieterbeiträgen bei kommunalen Bauträgergesellschaften zeigen diese Ambivalenz. Ihre Verwandtschaft mit Forderungen der Jusos nach der Errichtung kommunaler Wohnungsämter als Korrektiv des privaten Wohnungsmarkts, nach Mietsubvention, nach Abschöpfung von Planungsgewinnen deutet nicht nur auf eine ähnliche Praxis hin, sondern verrät auch ein verwandtes Theorieverständnis. Ihnen gemeinsam ist, den Erscheinungsformen verhaftet zu bleiben. Als Konsequenz hieraus werden in beiden Fällen die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden von ihrem Substrat, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, geschieden. Erfasst werden die aufgegriffenen Fragen jedesmal nur in der Form, wie sie als politisch manipulierbare Größen erscheinen.

Dies weist auf die Gefahr hin, daß Bürgerinitiativen mit einigem Geschick, d.h. gegen den Widerstand eines Teils der in ihnen vertretenen Gruppen in das Konzept der sozialdemokratischen „Reformpolitik“ zu integrieren sind und dort, wo eigene Stadtteilgruppen der Jusos fehlen, die Bürgerinitiativen zu sozialdemokratischen „Basisorganisationen“ (sprich Wahlvereinen) werden.

Zu 2: Gestatten die Bürgerinitiativen aufgrund dieser Mängel keine ausreichende Bedürfnisartikulation, so ist doch festzuhalten, daß sie die ansatzweise Artikulation bestimmter Bedürfnisse überhaupt erst ermöglicht haben. Sie formulieren emanzipatorische und ansatzweise antikapitalistische Ziele und greifen damit einen latent vorhandenen subjektiven Überhang gesellschaftlich unterdrückter Bedürfnisse auf. Im Zusammenhang des Wohn- und Stadtteilsbereichs wird damit der Umkreis der gesellschaftlich unterdrückten Bedürfnisse formuliert, die aus den verschiedenen Formen der Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen resultieren, insbesondere die Verschlechterung der Wohnqualität, die direkt aus dem Mangel an Verkehrs-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen, indirekt aus der mangelhaften Zuordnung dieser Einrichtungen zu den Wohnungen folgt.

Andererseits drohen die formulierten Ziele ständig die den Bürgerinitiativen immanenten Grenzen zu überschreiten. In der Art und Weise wie der subjektive Überhang gesellschaftlich unterdrückter Bedürfnisse einerseits movens ihrer Bewegung ist und andererseits die Bürgerinitiativen sich der Perspektiven erwehren, die aus der Durchsetzung der daraus resultierenden antikapitalistischen Ziele folgen würde, bieten sie die Möglichkeit, als „Basisorganisationen“ sozialdemokratischer „Reformpolitik“ vereinnahmt zu werden.

Der Anlaß für die Bildung von Bürgerinitiativen, die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen findet im Rahmen sozialdemokratischer „Reformpolitik“ seinen Ausdruck in der Forderung nach „Verbesserung der Lebensqualität“, programmatisch formuliert als Daseinsvorsorge des Staates in der Form des Sozialstaates, der mit Hilfe und angeblich im Interesse der Lohnabhängigen die strukturellen Schwächen des „freien Marktes“ korrigiert.

Im Rahmen dieser „Reformpolitik“ werden dann sowohl der Entstehungszusammenhang von Bürgerinitiativen als auch Entwicklungsmöglichkeiten, die über ihre verkürzte Artikulationsweise hinausreichen, verschleiert und unterdrückt.

Zu 3. Die Bürgerinitiativen sind zumeist klassenindifferent zusammengesetzt. Sie umfassen u.a. Arbeiter, höher qualifizierte Arbeitskräfte und kleine Gewerbetreibende, u.a. auch kleinere Grundeigentümer. Diese Zusammensetzung verhinderte es bisher, daß sich klassenmäßig bedingte Interessenlagen nur in Formen durchsetzen konnten, die besondere, gruppenspezifische Interessen als „allgemeine“ wiedergaben. Als Ausdruck der erreichten Übereinstimmung können sie einerseits die Dominanz einer Gruppe oder aber Koalitionsbildungen unterschiedlicher politischer Gruppen ausdrücken.

Koalitionsbildungen finden wir dort vorherrschend, wo — wie im Fall innerstädtischer „Sanierung“ — verhindert werden soll, daß das erreichte Niveau der Wohn- und Lebensbedingungen gesenkt wird. Sie „vereinen“ das Interesse der Lohnabhängigen nach Billigwohnraum mit dem Interesse der höherqualifizierten Arbeitskräfte nach der Erhaltung des Wohn- und Freizeitwerts innerstädtischer Quartiere und dem Interesse des kleinen Gewerbes nach geringen Kosten von Gewerbeflächen in diesen Quartieren.

Welche Interessenlagen sich dann im konkreten Fall durchsetzen, hängt grundsätzlich von zwei Faktoren ab:

- Zum einen spielt die Gruppenzusammensetzung denjenigen in die Hände, die über die bessere Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit verfügen. Im Regelfall werden das die letztgenannten Gruppen sein.
- Zum anderen können diese Gruppen innerhalb von Bürgerinitiativen nur Erfolg haben, wenn sie mit den aktuell möglichen Spielräumen sozialdemokratischer „Reformpolitik“ übereinstimmen.

In dieser Form sind Bürgerinitiativen in das Konzept sozialdemokratischer „Reformpolitik“ einpaßbar:

- weil sie fähig sind, für diese Politik eine Legitimationsbasis abzugeben, d.h. den latent vorhandenen subjektiven Überhang gesellschaftlich unterdrückter Bedürfnisse in Form von emanzipatorischen und ansatzweise antikapitalistischen Zielen zu artikulieren.

- weil sie integrierend wirken, d.h. Gruppen unterdrücken, welche die emanzipatorischen und ansatzweise antikapitalistischen Ziele als unmittelbaren Ausdruck ihrer eigenen Interessen durchzusetzen versuchen und damit die „Reformpolitik“ gefährden.

Zu diskutieren wären demnach die Bedingungen und Perspektiven von Stadtteilarbeit aller der Gruppen, die in das Konzept sozialdemokratischer „Reformpolitik“ relativ schwer zu integrieren sind.

Dies sind heute vorwiegend Lehrlinge und ausländische Lohnabhängige, heute noch nicht, aber möglicherweise in Zukunft: gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige.

Zu diskutieren und zu entwickeln sind ihre Organisationsformen und Perspektiven:

- *Räte*, die verschiedene soziale Gruppen gruppenspezifisch organisieren, „Häuserat“ bzw. „Mieterat“ für Studenten und ausländische Lohnabhängige, wie sie im Frankfurter Wohnungskampf entwickelt wurden;
- *Perspektiven*, die auf Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse – als realem Produzenten der anstehenden Probleme – zielen.

In einem der nächsten Editorials werden wir uns insbesondere mit möglicher Unterstützung und Teilnahme der Gewerkschaften bei Stadtteilkämpfen befassen müssen.

Zu den Beiträgen in diesem Heft:

ARCH+ 21 greift als ersten der im programmatischen Editorial von Heft 20 angekündigten Schwerpunkte den Problembereich Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auf.

Inhalt des Heftes ist die Diskussion um Stadtteilarbeit, Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung, deren politische und institutionelle Perspektiven bzw. Schranken und die Funktion von Planern und Architekten in diesem Zusammenhang.

Um die Diskussion in diesem Themenbereich möglichst breit zu beginnen, dokumentieren wir eine Podiumsdiskussion zum Thema „Lokale Demokratie – Beteiligung der Bürger an der Planung“, in deren Verlauf geradezu exemplarisch das Spektrum typischer Positionen aufgefächert wird: angefangen von Einschätzungen der Bürgerinitiativen als außerinstitutioneller Planungshilfe, als Vehikel der Durchsetzung partikularer, von den Parteien nicht zur Genüge abgedeckter Interessen, als Schule staatsbürgerlicher Erziehung, weiter als Moment eines allgemeinen Demokratisierungsprozesses über eine Funktionsbestimmung der Bürgerinitiative im Rahmen jungsozialistischer Doppelstrategie oder zur Unterstützung fortschrittlicher Verwaltungsarbeit bis zum Versuch einer Bestimmung der Bürgerinitiativen im Zusammenhang der Klassenkämpfe um die Erhaltung der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen.

Einige Aspekte der Bürgerinitiativen werden in weiteren

Schranken der Selbstvertretung von Basisinteressen auf.

- Der Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter Berlin beschreibt die Funktionalisierung der Sozialarbeit als Hilfsgröße der Stadtverwaltungen und Planungsämter in den Konflikten mit der Bevölkerung, die durch die städtischen Umstrukturierungsprozesse hervorgerufen werden. Die Reduktion der Arbeitsinhalte von Planern und Architekten im Kapitalismus von der Gestaltung der räumlichen Form einer humanen Gesellschaft (wie es idealistisches Wunschbild der Architekten war, bis die Verdichtung der kapitalistischen Produktionsweise auch die letzten Poren für unzeitgemäße Praxis verschwinden ließ) zur reinen Hilfsfunktion der Profitmaximierung mittels der baulichen Strukturen wird in dem Beitrag von W. Henselmann in seiner Gegenüberstellung der Rahmenbedingungen der Arbeit der Planer und Architekten im Kapitalismus und im Sozialismus erschreckend deutlich. Hinsichtlich unseres Themas wird klar, daß die Trennungslinie zwischen Bürgerinitiativen und den Planern und Architekten, ihre Scheidung in feindliche Lager, die ja auch in der Diskussion immer wieder angesprochen wurde, ausschließlich Resultat eines gesellschaftlichen Verhältnisses ist, dessen Überwindung, wie unvollständig und von seiner eigenen Vergangenheit noch geprägt sie auch sein mag, die Probleme der Bewohner der Städte und der mit ihrer Erstellung und Gestaltung beauftragten Fachleute grundlegend ändert: nämlich auf jene humane Basis stellt, die unter der Herrschaft der Bourgeoisie Privileg und Ideologie bleibt.